

# Schule in Marktbergel muss schließen

VG Burgbernheim: Mehrheit für das Ende – Vier Gegenstimmen – Streit um Investitionen

**BURGBERNHEIM (cs) – Bei vier Gegenstimmen hat die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Burgbernheim mehrheitlich das Ende des Schulstandortes Marktbergel besiegelt. Vorausgegangen war eine erneute, teils lebhaft und emotional geführte Diskussion über notwendige und möglicherweise aufschiebende Sanierungsmaßnahmen am Schulgebäude.**

Je nach Standpunkt argumentierten die VG-Mitglieder mit unterschiedlichen Summen, die in das Schulhaus investiert werden müssten. Wann der Beschluss Realität wird, blieb offen, zunächst muss über das Staatliche Schulamt in Neustadt die Regierung von Mittelfranken eingeschaltet werden. Ebenfalls unklar ist, was künftig mit dem Schulgebäude in Marktbergel passiert. „Wir haben definitiv noch keine Idee“, erklärte Bürgermeister Karl-Heinz Eisenreich auf Nachfrage.

## Schluss ist frühestens 2011

Fest steht daher lediglich, dass der Betrieb im Marktbergeler Schulgebäude frühestens zum Schuljahresbeginn 2011/12 eingestellt wird. Eisenreich zufolge sieht der Pachtvertrag zwischen der Gemeinde Marktbergel und der Verwaltungsgemeinschaft eine Kündigung zum Ende eines Schuljahres bei einer einjährigen Kündigungsfrist vor. Ungeklärt ist zudem, wie mit dem Beschluss des Marktbergeler Gemeinderates umgegangen wird, wonach ein Austritt der Marktbergeler Gemeinde aus dem Schulverband in Erwägung gezogen wird. Eisenreich baut diesbezüglich auf das Angebot des VG-Vorsitzenden Matthias Schwarz, der in der Sitzung seine Bereitschaft erklärt hatte, sich „zusammenzusetzen“, um gemeinsam über die Zukunft des Gebäudes nachzudenken. Dies müsste allerdings „zeitnah“ passieren, so Eisenreich gestern.

In der Versammlung hatte er eine Erklärung unter dem Titel „Luxus oder Solidarität“ abgegeben und darin einen Bogen von der Gründung des Schulverbandes bis zur aktuellen Diskussion um den Schulstandort geschlagen. Unter anderem verwies er auf den Mitte der 80er Jahre vereinbarten, „symbolischen Mietzins“ in Höhe von 60 Mark pro Schüler und Jahr, der bei Abschluss des Pachtvertrages „sehr niedrig“ angesetzt worden war. Im Vertrauen darauf, wie Eisenreich in der Sitzung betonte, dass „anfallende Unterhalts- und Investitionskosten von der VG voll getragen werden“, wurde der Zins auch in der Vergangenheit nicht erhöht.

Dieses Vertrauen sei mit der aktuellen Diskussion allerdings „missbraucht“ worden. Wichtig war dem Marktbergeler Bürgermeister, dass die Mängel am Schulgebäude bezüglich des Brandschutzes „länger bekannt“ waren, auch sprach er von einer Verpflichtung der VG, die notwendigen Maßnahmen „zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Schulbetriebes“ durchzuführen.

## „Schadstoffreier Zustand“

Eine Generalsanierung wurde aus Sicht der VG-Mitglieder aus Marktbergel für nicht erforderlich erachtet, Eisenreich sprach von einem „sehr guten sowie schadstofffreien Zustand“, in dem sich das Schulgebäude befindet. Wie die anderen beiden Vertreter aus der Marktbergeler Gemeinde, Roland Treuheit und Thorsten Distler, zog er seine Hoffnung auf einen Erhalt der Schule aus einem Gespräch, das Mitte des Monats mit dem Architekten Eduard Knoll und zwei Fachplanern stattgefunden hat. Am Ende des Treffens stand eine Summe von 100 000 Euro im Raum, die fürs erste ausreichen würde, um die geltenden Sicherheitsvorgaben für das Schulgebäude in Marktbergel zu erfüllen.

In einem später schriftlich verfassten Angebot war dann allerdings

von einer Mindestsumme von 550 000 Euro die Rede, die in das Gebäude gesteckt werden müsste, Mehrkosten von knapp 300 000 Euro könnten laut Architekt hinzukommen. Dass dieser bei einem derartigen Umbau keine Haftung übernehmen würde, die Maßnahmen nicht förderfähig wären, und es sich um „keinerlei Qualitätsverbesserung“ für den Schulalltag handeln würde, auf der anderen Seite viele Unwägbarkeiten zurückbleiben würden, war für Burgbernheims Bürgermeister Schwarz ausschlaggebend, um Abstand von dem Rechenmodell zu nehmen.

Schwarz sprach vielmehr von einem „Herumdoktern“ und zweifelte den vom Architekten genannten Zeitraum von zehn Jahren an, der mit den genannten Maßnahmen überbrückt werden könnte. Derzeit könne nicht von einer adäquaten Unterbringung der Schulklassen in Marktbergel gesprochen werden.

Der Antrag aus Marktbergel, die weitere Entwicklung der Grund- und Hauptschule abzuwarten, ehe eine endgültige Entscheidung über die beiden Schulstandorte gefällt wird, wurde in der Versammlung mehrheitlich abgelehnt. Auf Distanz ging Schwarz zu der Passage aus dem Antrag, das Schulgebäude in Burgbernheim reiche „für eine etwaige alleinige Grundschule auch ohne neuen Anbau vollkommen aus“.

## „Überschaubares Risiko“

In der Diskussion hatte Roland Treuheit mit Verweis auf die rückläufigen Schülerzahlen argumentiert, er hätte sich eine Entscheidung erst dann gewünscht, wenn klar ist, wie sich der geplante Ausbau der Hauptschule zu einer Mittelschule entwickelt. Schwarz dagegen erkannte in der möglichen Gründung von Schulverbänden, wie sie für den Landkreis im Gespräch sind, eine „Chance“ für die Hauptschule. Wert legte er ferner auf die



Das war's: Nach dem Beschluss der VG-Versammlung, den Schulstandort Marktbergel aufzugeben, wurde im Nebenzimmer vom Roten Ross ein kleiner Leichentrock abgehalten. Anschließend steckten vier Bürger und die beiden Bürgermeister vor dem Schulhaus ein Kreuz in die Rasenfläche, um symbolisch die Beerdigung des Schulstandortes darzustellen. Von links: Herbert Endreß, Gerhard Göß, Roland Treuheit, Erich Eibl und Bürgermeister Karl-Heinz Eisenreich.

Foto: Füreder

Feststellung, dass der für das Burgbernheimer Schulgebäude angeplante Anbau zur Unterbringung weiterer Grundschulklassen an den Grundstückseigentümer und damit die Stadt Burgbernheim zurückfällt, sollte er tatsächlich angesichts sinkender Schülerzahlen nicht mehr benötigt werden. Für die VG handelt es sich daher nach seiner Einschätzung um ein „überschaubares Risiko“.

Gegen die Schließung des Schulstandorts stimmte neben Karl-Heinz Eisenreich, Roland Treuheit und Thorsten Distler auch Dietmar Leberecht (Burgbernheim). Letzterer hatte während der Diskussion noch die „Zahlenspielerien“ der Marktbergeler VG-Mitglieder kritisiert und die unabdingbare Einhaltung der Brandschutz-Richtlinien angemahnt. Allerdings fehlten ihm detailliertere Angaben zu den

sicherheitsrelevanten Mängeln am Schulgebäude in Marktbergel beziehungsweise zu deren Behebung.

Bei der Regierung von Mittelfranken muss nun ein Antrag auf Auflassung des Schulortes Marktbergel gestellt werden. Sobald dieser dort eingegangen ist, wird nach Auskunft der Pressesprecherin Ruth Kronau-Neef ein Anhörungsverfahren eingeleitet, im Zuge dessen neben den vier VG-Gemeinden unter anderem auch der Elternbeirat der Grund- und Hauptschule gehört wird. „Auf Grund der eingegangenen Stellungnahmen trifft die Regierung von Mittelfranken dann eine abschließende Entscheidung über den Antrag“, informierte die Pressesprecherin.

Widerspruch seitens der Regierung erwartet freilich nicht einmal Marktbergels Bürgermeister Karl-Heinz Eisenreich.